

Dresdner Volkszeitung

Vollstreckkonto: Dresden
Nr. 1268, Raden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Ecksche Staatsbank,
Dresden, Post f. Arbeiter, Ange-
stellte u. Pensionen, No. 1, Dresden,
Gebrüder Arnolds, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen besonderer Art, ist es durch einen Eintrag in den Adressen-Verzeichnis der Dresdner Zeitung seinen Eintrag auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Redigierung der Adressen

Abonnementspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbillette: 1.00 M. monatlich 2.40 M. einjährig 24 M. Vierteljährig 6 M. Sonntags 2 M. einjährig 24 M. Vierteljährig 6 M. Sonntags 2 M. zusätzlich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Weinmühlweg 10, Dresden Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weinmühlweg 10, Dresden Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Standardzeile 35 P. die 90 mm breite Reklamazeile 2 M. für andwärts 40 P. u. 2.00 M. abwärts. Preisänderung laut Tarif. Familienanzeigen. Stellen- u. Mietangebote 20 P. netto. Für Briefmarken 10 P. Einmalig 1 P.

Nr. 24

Dresden, Sonnabend, den 28. Januar 1933

44. Jahrgang

Schleicher geht - Papen kommt

Bei Redaktionschluss erhalten wir folgende Meldungen:

Bnd. Berlin, 28. Januar (1 Uhr mittags). Wie wir eben erfahren, hat Reichsfinanzminister Schleicher dem Reichspräsidenten bei dem heutigen Empfang die Gesamtdemission der Reichsregierung angeboten. Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Papens Berufung - Schleicher warnte!

Bnd. Berlin, 28. Januar. (Fig. Draht.) Der Reichspräsident von Hindenburg berief fünf Minuten nach der Verabschiedung Schleichers den ehemaligen Reichsfinanzminister Papen und beauftragte ihn, sich mit den politischen Parteien in Verbindung zu setzen, um die Neubildung eines Kabinetts in die Wege zu leiten. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Reichspräsident unmittelbar nach dem Abschied Schleichers bereits den Nachfolger zu sich berief und gerade die Lösung bespricht, vor der der Reichsfinanzminister Schleicher auf das eindringlichste gewarnt hatte.

Schleicher vertrat nämlich die Auffassung, zur Lösung der durch die politischen Treibereien entstandenen Krise gäbe es drei Möglichkeiten: 1. Eine politische Wehrheitsbildung, für die nur Hitler als Reichsfinanzminister in Frage käme; 2. die Bildung einer Minderheitsregierung, ebenfalls unter Hitler, und 3. ein Präsidialkabinett, das umgeben von Parteien als Sachwalter des ganzen Volkes auftreten müßte, das natürlich über die notwendigen Vollmachten verfügen würde. Für die Einsetzung eines Präsidialkabinetts, das sich ausschließlich auf eine Masse gegen das ganze Volk richten würde, warnte er ausdrücklich.

Der Grund des Rücktritts

Bnd. Berlin, 28. Januar. Reichsfinanzminister Schleicher erklärte heute dem Herrn Reichspräsidenten Verzicht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregierung ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend im Reichstag die Programmsache und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Herr Reichspräsident ihm die Auftragsbefugnis zur Verfügung stelle. Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorstoß bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entgegen zu sein. Reichsfinanzminister Schleicher erklärte hierauf dem Gesamtpräsidenten der Reichsregierung, den der Herr Reichspräsident unter Verweisung des Statutensatzes mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennehmen. Der Herr Reichspräsident sprach dem Kanzler wie den Mitgliedern der Reichsregierung seinen Dank für die dem Vaterlande in schwerer Zeit geleisteten treuen Dienste aus.

Protest der Gewerkschaften

Bnd. Berlin, 28. Januar. (Fig. Draht.) Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aller Richtungen, die heute wegen der innerpolitischen Lage um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachgesucht haben, übermittelten Hindenburg zunächst folgendes Telegramm:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident! In tiefer Sorge über die unser Volk heunruhigenden und drohenden politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ersten Lage zusammengetreten.“

Sie fühlen sich in dieser entscheidenden Stunde verpflichtet, darauf hinzuweisen,

daß die Berufung einer reaktionären und arbeitserfeindlichen Regierung von der gesamten Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde.

Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, verehrter Herr Reichspräsident, allen arbeitserfeindlichen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinführen, Ihren entscheidenden Widerstand entgegenstellen, und auf eine verfassungsmäßige Lösung der Krise bestehen.“

Otto Braun gegen Verfassungsbruch

Bnd. Berlin, 28. Januar. (Fig. Draht.) Der preussische Ministerpräsident hat in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister darauf hingewiesen, daß zur Zeit immer wieder öffentliche und nichtöffentliche Aufforderungen zum Bruch der Verfassung durch die Proklamation eines Staatsnotstandsrechts ertönen. Die preussische Staatsregierung sei durch die Kommissariatswirtschaft außerstande, gegen die Urheber derartiger Forderungen mit den notwendigen Mitteln vorzugehen. Insofern lehne die Regierung Braun die Konsequenzen, die sich aus dem gegenwärtigen Zustand ergeben, ab. Die Schuld an dem, was komme, trage ausschließlich die Kommissariatsregierung.

Reichstag am Dienstag

Der Reichstag tritt am Dienstag zusammen. So hat der Reichstagsrat am Freitag beschlossen. Unter Berliner Büren berichtet über die Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Präsident Göring dem Reichstagsrat ein Telegramm der mitteldeutschen Industrie zur Kenntnis, in dem die Forderung ausgesprochen wurde, im Interesse der Wirtschaft alles zu tun, um weitere politische Unruhe zu vermeiden. Dann richtete er die mit dieser Forderung zusammenhängende Frage an die Fraktionsvertreter, ob jemand eine notwendige Veränderung des Termins vorschläge, und als keiner dieses Odium auf sich nehmen wollte, verkündete er, daß es bei dem 31. Januar bleibe. So weit wären wir also.

Sentimentalgewerkschaften gegen neuen Papen-Kurs

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ist am Freitag beim Reichspräsidenten gegen die Wiederholung des Papen-Kurses vorgegangen.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, bemerkt dazu: „Eine Regierung Papen darf nicht wiederkommen. Es hat bisher in der deutschen Geschichte noch keine Regierung im Volke eine so tiefgehende Abneigung gefunden wie die des Herrn v. Papen. Und eine Regierung unter Augenbergschuld und Schirm findet ebensowenig Vertrauen.“

Regierungsturz in Frankreich

Große Kammermehrheit gegen Paul Boncour, weil er auf Erhöhung indirekter Steuern bestand

P. Paris, 28. Januar. (Fig. Funk.) Die Kammer hat die Regierung Paul Boncour um 7 Uhr morgens mit 390 gegen 193 Stimmen gestürzt, da die Regierung auf der Annahme des Artikels 6 der Regierungsvorlage bestand, der eine fünfprozentige Erhöhung der indirekten Steuern vorsieht.

Die Sozialisten hatten gemäß dem Beschluß der Finanzkommission die Ablehnung dieses Artikels beantragt, da sie keinerlei Konzessionen in diesem Punkt machen wollten. Paul Boncour und Finanzminister Chéron verlangten aber in mehreren Interventionen die Annahme dieses Artikels. Sie fanden dabei die Unterstützung von Perriot, der erklärte, die Stunde eines chirurgischen Eingriffs sei gekommen. Die Staatsfinanzen müßten saniert werden, wenn nicht eine Panik im Lande ausbrechen sollte. Man müßte daher von allen Franzosen Opfer verlangen. Der Führer der Sozialisten, Leon Blum, beantragte aber die Abtrennung dieses Artikels von der Vorlage. Er wurde von der Finanzkommission und einem großen Teil der Radikalen unterstützt. Die Regierung stellte daraufhin die Vertrauensfrage gegen die Abtrennung. Die Abstimmung endete mit der Wiederlage der Regierung mit 390 gegen 193 Stimmen. Da sie die Vertrauensfrage gestellt hatte, bedeutete die Niederlage ihren Sturz. Sie trat sofort zurück.

Die Kammer vertagte sich auf Dienstag.

Volksvertretung muß entscheiden

Wo ist der „soziale General“?

Von E. Wulhäuser, M. d. R.

Dieser Artikel ist vor der Entscheidung des Reichstagsrats und dem Rücktritt Schleichers geschrieben.

Seitdem die agrarische und monopolkapitalistische Reaktion mit der unter sozialistischer Geburtschilfe gewachsenen Paronregierung zur Staatsmacht gelangt war, ist gelegentlich durch innere Klientenkämpfe der Fortdauer und der verschiedenen kapitalistischen Interessentenhausen die wirkliche politische Situation verwischt worden. Insbesondere hatte der Personalwechsel Papen-Schleicher hier und dort Illusionen geweckt, als bedeute die Kanzlerschaft des „sozialen Generals“ irgendwelchen Kurswechsel. In Wirklichkeit konnten die veränderten Stimmverhältnisse an der wachsenden Gefahr der Reaktion für die Arbeiterklasse nichts ändern. Herr von Schleicher hat sich wohl als der bessere Blauderer erwiesen, und er hatte es zunächst für richtig befunden, im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger vom Angriffskrieg zum Stellungskrieg überzugehen. Die soziale Bilanz weniger Monate genügt indes, alle falschen Hoffnungen auf das neue Regime endgültig zu begraben.

Von all den großen Ankündigungen Schleichers auf umfassende Arbeitsbeschaffung ist eine Miniaturausgabe des Gerek-Planes übriggeblieben. Mit ganzen 500 Millionen Mark will die öffentliche Hand mit Auftragsverteilung eingreifen, so daß bestenfalls 200 000 Erwerbslose Beschäftigung finden könnten. In welcher hemmungloser Gebefreudigkeit andererseits unfähigen und verschwendetischen Großagrariern die Reichsgelder nachgeworfen werden, hat das Ostbiliepanama blutigartig beleuchtet. Der soziale General war noch nicht einmal bereit, die Papenschen Steuerentwürfe aufzuheben, die als Einstellungsprämien verabreicht wurden. Private Unternehmer erhalten jetzt aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufträge und zusätzlich noch für daraus notwendig werdende Neueinstellungen von Arbeitern und Angestellten besondere Steuererleichterungen.

Die gesamte Sozialversicherung ist ihrer Rechtsgrundlagen beraubt, der grundsätzliche Unterschied zwischen sozialer Versicherung und allgemeiner Fürsorge nahezu aufgehoben. Für die am härtesten getroffene Invalidenversicherung hat die sonst so gebefreudige Regierung Schleicher nichts an Reichsgeldern übrig.

In der Arbeitslosenversicherung ist die Entlohnung der Versicherten völlig unerträglich geworden. Nicht weniger als 300 Millionen Mark sind aus dem Beitragsaufkommen 1932 ihrem rechtmäßigen Zweck entzogen worden, um für Wohlfahrtszwecke verwendet zu werden, deren Deckung bisher aus allgemeinen Steuermitteln vorgenommen werden mußte. Eine Arbeitslosenversicherung, die in der Lage gewesen wäre, aus ihren Beiträgen im